Studie

Tops und Flops der Digitalisierung

[05.11.2021] Digitalisierung und Personalpolitik sehen Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden als derzeit größte Herausforderungen. Das zeigt die Studie „Ergebnisse des Zukunftspanels Staat und Verwaltung 2021“.

Die zentralen Herausforderungen auf Behördenebene in Deutschland identifiziert die Studie „Ergebnisse des Zukunftspanels Staat und Verwaltung 2021“, welche das Forschungs- und Beratungsunternehmen Wegweiser und das Hertie School Center for Digital Governance mit Unterstützung des Kommunikationsspezialisten Virtual Solution durchgeführt haben. Digitalisierung und Personalpolitik werden demnach als derzeit größte Herausforderungen eingestuft. So stehen verwaltungsinterne Maßnahmen zur Digitalisierung bei fast der Hälfte der Befragten (48 Prozent) ganz oben auf der Prioritätenliste. Hinter Personalthemen wie demografieorientierter Personalpolitik (34 Prozent) und der Attraktivität als Arbeitgeber (32 Prozent) folge die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) mit 31 Prozent. Diese Punkte machen den enormen Handlungsbedarf bei der Digitalisierung deutlich.

Gravierende Unterschiede zwischen Bund, Land und Kommune

Die Studie legt dabei nach Angaben von Virtual Solution teilweise gravierende Unterschiede zwischen Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden offen. So zeigten die Befunde, dass die Zufriedenheit mit dem aktuellen Fortschritt der Digitalisierung mit steigender Behördenebene abnehme. Während auf Kommunalebene über 29 Prozent der Befragten damit zufrieden seien, werde sie auf Bundesebene nur von knapp 19 Prozent positiv gesehen. Gegenüber der vorherigen Studie aus dem Jahr 2019 seien die Zustimmungswerte jedoch durchweg deutlich gestiegen. Vor zwei Jahren lagen sie noch bei unter 14 Prozent auf Kommunalebene und lediglich bei knapp 7 Prozent auf Bundesebene. Über alle Behördenebenen hinweg werde die elementare Bedeutung der IT-Sicherheit sichtbar. So befürworten 76 Prozent der Studienteilnehmer verbindliche und behördenübergreifende Standards und Lösungen im Bereich Cyber-Sicherheit. Wie dringlich diese Aufgabe sei, zeige der Lagebericht zur IT-Sicherheit in Deutschland vom 21 Oktober des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Demzufolge haben erst rund ein Zehntel aller Kommunen ein IT-Sicherheitskonzept und seien damit ein offenes Tor für alle Arten von Angriffsvektoren.

Akzeptanz für praxisnahe Lösungen wächst

In Verbindung mit der von 40 Prozent der Befragten erwarteten angespannten Budgetlage aufgrund der Corona-Pandemie wachse die Akzeptanz für praxisnahe und kostengünstige IT-Lösungen. So werden Bring-Your-Own-Device-Modelle (BYOD) bereits bei insgesamt 21 Prozent der Behörden eingesetzt. Bundesbehörden liegen dabei mit 25 Prozent vor den Kommunalbehörden mit knapp 23 Prozent. Auch bei den Gründen dafür differieren die Angaben. So habe die höhere Nutzerfreundlichkeit durch die Nutzung nur eines Smartphones für dienstliche und private Belange bei Bundesbehörden 58 Prozent Zustimmung, auf kommunaler Ebene aber nur 40 Prozent. Bei den Kosteneinsparungen bezüglich der Anschaffung und Verwaltung von Mobilgeräten unterscheiden sich die entsprechenden Zahlen mit 45 Prozent respektive 31 Prozent ebenfalls deutlich. Lediglich bei der höheren Zufriedenheit von Mitarbeitern durch BYOD-Nutzung liegen Bund und Kommunen mit 44 Prozent beziehungsweise 42 Prozent Zustimmung praktisch gleichauf. Insgesamt 21 Prozent der Befragten sehen darin zudem einen Anreiz bei der Anwerbung jüngerer

Mitarbeiter und damit einen Beitrag zur Steigerung der Attraktivität als Arbeitgeber.
„Die Studie zeigt deutliche Unterschiede beim Stand der Digitalisierung zwischen den verschiedenen Bundesbehörden“, erklärt Christian Mueller, CMO bei Virtual Solution. „Allen gemeinsam ist die Notwendigkeit, sie mit schnell umsetzbaren und kostengünstigen Lösungen weiter voranzutreiben und dabei immer auch die Interessen und Wünsch der Mitarbeiter im Auge zu haben.“

(th)

Stichwörter: Panorama, Studie, Virtual Solution, Wegweiser, Hertie School Center for Digital Governance